

Surplus

Das Wirtschaftsmagazin

Klimakrise

Klimapopulismus

Staat

Realistische Utopien: Das Freibad für alle

Das Freibad wird in Zeiten der Klimakrise zu einer notwendigen gesellschaftlichen Infrastruktur. Sie muss ausgebaut werden.

Xenia Miller

20. August 2025, 7:00 – 4 Minuten Lesedauer

Dauerhafte Temperaturen über 30 Grad, Tropennächte, die einem den Schlaf rauben, hitzebedingte Erschöpfung: Die Klimakrise ist längst in unserem Alltag angekommen. Doch manche Menschen müssen sich mehr, andere weniger an die immer höheren Temperaturen anpassen. 37 Grad sind noch aushaltbar, wenn man im kühlen Büro arbeitet, ein klimatisiertes Auto fährt und ein Pool im Garten steht. Schwieriger ist es, wenn man draußen und in der prallen Sonne arbeitet – oder zur Arbeit den überfüllten und überhitzten Bus nehmen muss – und auch Zuhause keinen Hitzeschutz hat. Gerade für alte Menschen ist das Ausharren in schlecht isolierten Wohnungen oft lebensbedrohlich. Einer aktuellen Studie zufolge hat die Klimakrise die Zahl der Hitzetoten in Europa verdreifacht. Rund 2.800 Menschen sind im vergangenen Jahr an Hitze gestorben. In dieser Situation sind Freibäder kein unpolitischer Freizeitspaß mehr. Sie gehören in Zeiten der Klimakatastrophe zur essenziellen Infrastruktur. Das Mindeste, wofür Regierungen aller Länder sorgen sollten, ist Abkühlung – und das für alle, unabhängig vom Geldbeutel.

1. Die Utopie

Es könnte alles ganz anders sein. Aus dem klimatisierten Büro ab ins Schwimmbad: Weit ist es nicht, die Anbindung über den öffentlichen Nahverkehr ist gut getaktet, im Bus muss man weder gedrängt stehen noch besonders schwitzen. Im Freibad angekommen, ist der Eintritt frei. Dort arbeitet gut ausgebildetes Personal in ausreichender Zahl, es gibt so viele Freibäder, dass in jedem genug Platz ist. Auch die knusprigen Schwimmbadpommes stehen für einen angemessenen Preis bereit. Auch die seit Kurzem wieder beschwimmbaren Flüsse in den Städten bieten Abkühlung. In Berlin sind die Spree und ihre Kanäle gereinigt, spezielle Badestellen sind eingerichtet worden. Unkompliziert kann man auf dem Heimweg noch schnell ins Wasser hüpfen, ohne durch ein Tor und Eintritt bezahlen zu müssen. Und möchte man sich nur fix abkühlen, ohne gleich in Badevollmontur schwimmen zu müssen, stehen auch dafür Wasserspielplätze und Brunnen in den Parks der Stadt bereit. Trinkwasser gibt es kostenlos an öffentlichen Brunnen, und Bäume finden sich in jeder Straße und spenden Schatten. Die Wohnungen sind energetisch saniert, die vielerorts eingebauten Wärmepumpen dienen im Sommer als Klimaanlage – alternativ helfen Ventilatoren oder reguläre Klimaanlage. Auf der Straße lebt niemand. Auch in den einst betonierten Straßen der Innenstädte ist es deutlich angenehmer geworden, seitdem Wiesen und Bäume gepflanzt sowie Betonflächen entsiegelt worden sind. Es ist zwar heißer geworden, aber nicht so heiß wie befürchtet – denn die Regierungen der Welt haben sich endlich zusammengetan und die Klimakrise abgemildert.

2. Die Theorie

Mit einer so fundamentalen Veränderung der Umwelt, wie wir sie gerade erleben, müssen auch gesellschaftliche Systeme und Ideen neu ausgehandelt werden. Denn dass Menschen zu unterschiedlichen Graden dem Klimawandel und seinen Folgen ausgesetzt sind, ist weniger zufällig, als sozioökonomisch bedingt. »Verwundbarkeit ist das Ergebnis sozialer Praktiken, gesellschaftlicher (nicht selten rassistischer Zuschreibung und Verhältnisse)«, schreibt Kristina Dietz in ihrem Sammelband - Beitrag zu *Klimavulnerabilität*.

Die Vulnerabilität entspricht nicht nur rassistischer Diskriminierung, wenn wie im Beispiel von Dietz beim Hurrikan Katrina 2005 in New Orleans überproportional schwarze Menschen betroffen waren, weil sie eher in Vierteln lebten, die von staatlicher Vorsorge vernachlässigt werden. Innerhalb Deutschlands sind es Menschen mit niedrigem Einkommen, die in den heißesten Gebieten leben und noch dazu nicht ausreichend versorgt sind, um sich vor den Risiken zu schützen. Dass sich

jedes Jahr Schlangen vor Berliner Schwimmbädern bilden und zeitweise sogar der Einlass gestoppt werden muss, ist ein Symptom dieser Ungleichverteilung. Denn das im Bundesschnitt überdurchschnittlich arme Berlin hat mit zwei Bädern pro 100.000 Einwohnenden besonders wenige Bäder. Besonders stark trifft die Hitze außerdem Menschen ohne Wohnung. Sie sind ihr quasi vollkommen ausgesetzt. Darüber hinaus sind manche menschliche Körper von sich aus anfälliger für Hitze: Alte und kranke Menschen sind eher gefährdet, aber auch Frauen stärker als Männer .

Wie Dietz in ihrem Beitrag betont, verschwindet die Vulnerabilität selbst nicht einfach durch Infrastrukturmaßnahmen, sondern durch die Bekämpfung ihrer Ursachen: Armut, Wohnungslosigkeit, Ungleichheit, Abhängigkeit. Eine Politik, die bei der Klimakrise nur auf technologische Anpassungen setzt, so schreibt sie, verkennt mit ihrem »Klimadeterminismus« die sozialen Umstände der Klimakrise und die Möglichkeit, sie zu ändern.

3. Die Umsetzung

Doch selbst wenn sich die sozioökonomischen Grundbedingungen ändern würden, mangelt es an Bädern, Brunnen und Schatten. Deshalb ist auch eine landesweite Strategie, ausgerichtet an sozialen Ungleichheiten, notwendig. Die marode Bäder-Infrastruktur muss in Deutschland flächendeckend und koordiniert aufgebessert werden. In einer Branchen-Umfrage unter mehr als 100 Bäderbetrieben gaben zuletzt 38 Prozent an, dass ihr Bad in den nächsten fünf Jahren umfassend saniert werden müsse. Von 2000 bis 2019 ist die Anzahl der Hallenbäder von 3.478 auf 3.233 (um 7 Prozent) und die Anzahl der Freibäder von 3.238 auf 2.686 (um 17 Prozent) gesunken. Die Zahl der Naturbäder hat sich sogar halbiert (von 1.068 auf 502). Kommunen müssen also zusammenarbeiten, um einen übergreifenden Schwimmbadplan zu entwickeln – das hat zuletzt auch die Interessengemeinschaft Bäderallianz gefordert. Es braucht zunächst einmal eine Bestandsaufnahme: Wo fehlen Bäder, weil sie geschlossen haben? Welche Bäder müssen saniert werden? Welche Orte heizen sich in Städten besonders auf? Wo wohnen Menschen, die keinen Zugang zu Badestellen haben? Wo ist in Städten Platz für Brunnen? All diese Fragen müssen in ein umfassendes Konzept einfließen, das die Vulnerabilität der Menschen für Klimaschäden abfedert – vor allem für diejenigen, die am wenigsten Zugang zu kühlen Orten haben.

Dann braucht es Geld, denn das fehlt der öffentlichen Schwimmbad-Infrastruktur. Eine Milliarde Euro pro Jahr, zehn Jahre lang, würden im Rahmen eines Bäderförderprogrammes die Krise bewältigen, schrieb die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) kürzlich in einem Papier. Genauer sollen die Gelder dem Vorschlag nach vom Bund als Zuschüsse für Neubau, (energetische) Sanierung und Digitalisierung in die Bäder fließen. Begleitet werden solle dies von Landesförderprogrammen der Bundesländer. Schon jetzt gibt es Förderprogramme des Bundes, die lokal Projekte wie eine energetische Sanierung von Bädern ermöglicht haben. Offenbar reicht das nicht aus. Eine weitere Möglichkeit wäre es, die Klimavulnerabilität der Menschen in Deutschland im Rahmen des schuldenfinanzierten Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu bekämpfen. Auch die Kommunen hätten die Möglichkeit, Schulden aufzunehmen – wie kürzlich ein brandenburgischer Bürgermeister im Interview mit *Surplus* vorgeschlagen hat. Langfristig ist aber wichtig: Bund, Länder und Kommunen müssen die Anpassungen an den Klimawandel sozial gerecht gestalten und dauerhaft ausfinanzieren.

4. Das Beispiel

Wie so oft machen Menschen lokal vor, wie es geht. In Berlin demonstrieren die Bewohnerinnen und Bewohner dafür, die Spree beschwimmbar zu machen. Nach dem Vorbild Amsterdams könnte man in vielen deutschen Großstädten die Wasserqualität regelmäßig überprüfen und Badestellen ausweisen, an denen ohne Gefahr ins Wasser gesprungen werden kann. Dieses sehr einleuchtende und niederschwellige Konzept ermöglicht bereits jetzt in Amsterdam gleichen Zugang zu Wasser für viele. Auch rüsten bundesweit viele Städte bei öffentlich zugänglichen und kostenlosen Trinkwasserbrunnen auf und erstellen Hitzeschutzpläne. Und um den Klimawandel beim Ausbau von Bädern nicht weiter zu befeuern, muss er energetisch sinnvoll geschehen. Photovoltaikanlagen auf den Dächern und Wärmepumpen können die Emissionen stark reduzieren. Früher in diesem Jahr hat im Landkreis Harburg sogar das erste klimaneutrale Naturbad Deutschlands eröffnet.



Xenia Miller

Xenia Miller ist Online-Chefin vom Dienst (CvD) bei Surplus. Sie hat Politikwissenschaften, Soziologie und Politische Theorie studiert und bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) gearbeitet.

+ Folgen

